

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertagen in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Redaktion: Halle a. S., G. Str. 21a, Postfach 17. Fernnr. 4802. Erscheinungstage täglich von 11-12.

Verlag v. G. Pöhlmann, Halle G. Str. 11, Tel. 27. Fernnr. 5407. Verlagsdruckerei Leipzig 21, 87573.

Nr. 246

Halle, Dienstag, den 19. Oktober 1920

Abonnementpreis: Im vorausgez. 1/2 J. 1.20, 1/3 J. 1.80, 1/4 J. 2.40, 1/5 J. 3.00, 1/6 J. 3.60, 1/7 J. 4.20, 1/8 J. 4.80, 1/9 J. 5.40, 1/10 J. 6.00, 1/11 J. 6.60, 1/12 J. 7.20. Einzelhefte 10 Pf. 4. Jahrgang.

Die Wahlen in Deutsch-Oesterreich.

Wien, 17. Oktober. Die Wahlbeteiligung für die Nationalratswahlung in den Wiener Bezirken war in den Mittagsstunden auffallend gering, erreichte aber schließlich im Laufe des Tages 80 bis 86 Prozent. Bisher sind gewählt im ersten Wahlkreis Wien-Ost: 2 Sozialdemokraten, 1 Christlichsozialer und ein Mitglied der bürgerlichen Arbeitspartei; im Wahlkreis 2 wurden gewählt: 2 Sozialdemokraten, 2 Christlichsozialer und 1 Großdeutscher. Im dritten Wahlkreis wurden gewählt: 3 Sozialdemokraten, 2 Christlichsozialer und 1 Großdeutscher.

Titrol (Teilerlust): 6 Christlichsozialer, 2 Sozialdemokraten, 1 Großdeutscher. Vorarlberg: 3 Christlichsozialer, 1 Sozialdemokrat. (Unverändert.) Steiermark: steht noch aus. Wien, 18. Oktober. Bei den gestrigen Wahlen erhielten die Sozialdemokraten in Wien insgesamt 494 824 Stimmen gegen 513 145 im Vorjahre, die Christlichsozialen 281 946 gegen 210 548 im Vorjahre, die Großdeutschen 88 076 gegen 63 983.

Wien, 18. Oktober. Der gestrige Wahltag ist voller Aufregung verlaufen. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen haben von den 48 Mandaten Wiens die Sozialdemokraten 23 erhalten (Verlust 4), die Christlichsozialen 16 (Gewinn 5), die Großdeutschen 3 (Gewinn 1), die bürgerliche Arbeitspartei 1 (Gewinn 1). Gewählt ist unter anderem der frühere Außenminister Czernin. Die Jubiläumnationalen und die Tschechen, die in der vorigen Nationalratswahlung je einen Abgeordneten hatten, verlieren ihre Mandate. Die Kommunisten erhalten ein Mandat. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten sind nicht wiedergewählt der Gläubiger in Berlin Dr. Rudo Hartmann, der ehemalige Vizepräsident David, der langjährige Abgeordnete Conrad Rieger und Alois Bauer, der natürlich nicht mit Dr. Otto Bauer zu verwechseln ist.

Die Verteilung der Mandate. Die Sozialdemokraten und die Großdeutschen lieferten auf ihre alte Stärke. Die Christlichsozialen haben einen stärkeren Gewinn aufzuweisen, aber es ist vollkommen ausgeschlossen, daß sie die Mehrheit in der Nationalversammlung erhalten. In den Wahlkreisen dürften erhalten Christlichsozialer 75 Mandate, die Sozialdemokraten 63 und die Großdeutschen 18. Bei diesen Zahlen ist Rärnten mitgerechnet; dort haben wegen der Volksabstimmung jetzt keine Wahlen stattgefunden.

Wahlkreis Ost Wien: 5 Christlichsozialer, 3 Sozialdemokraten, 1 Großdeutscher (im ganzen unverändert). Wahlkreis Wiener Neustadt: 7 Sozialdemokraten (Verlust 1), 4 Christlichsozialer (Gewinn 1), 1 Großdeutscher (wie bisher). Wahlkreis Kremis: 5 Christlichsozialer (Gewinn 2), 2 Sozialdemokraten (wie bisher), 1 Großdeutscher (Verlust 1). Wahlkreis Korneuburg: 1 Sozialdemokrat (Verlust 1), 3 Christlichsozialer (Gewinn 1), 1 Großdeutscher (wie bisher). Oberösterreich: 14 Christlichsozialer (Gewinn 3), 5 Sozialdemokraten (Gewinn 1), 3 Großdeutsche (Verlust 3). Salzburg: 3 Christlichsozialer, 2 Sozialdemokraten, 2 Großdeutsche. (Unverändert.)

Man führt den Erfolg der Christlichsozialen ganz besonders auf die Frauen zurück. Die Kommunisten haben samstags abgewartet, in ganz Wien erhielten sie nur 14 000 Stimmen und im Wahlkreis Wiener Neustadt, wo ihre Bewegung in einzelnen Orten besonders stark ist, heben sie nur etwa 2 Prozent der sozialdemokratischen Stimmen aufgebracht. Wien wählte 28 Sozialdemokraten (minus 4), 16 Christlichsozialer (plus 5), 3 Großdeutsche (plus 1), 1 bürgerliche Arbeitspartei (Czernin), kein Sozialist, keinen Sozialen und keinen Kommunisten.

Wien, 18. Oktober. Von insgesamt 151 zu verteilenden Mandaten für den Nationalrat sind bisher gewählt: 57 Sozialdemokraten, 71 Christlichsozialer, 12 Großdeutsche, 2 Bauernpartei und 1 bürgerliche Arbeitspartei. Bisher verloren die Sozialisten und die Großdeutschen je 6 Sitze, die Jubiläumnationalen und die Tschechoslowaken verloren je ein Mandat, die Christlichsozialen gewinnen 12 Mandate.

Ein Parteitag der Sammlung.

Der Kasseler Partitag war kein Ruhepunkt in der Bewegung unserer Partei, wohl aber ein Sammelplatz. Die letzte Tagung in Weimar stand noch im Zeichen der Stimme der Revolution. Die Stabilisierung der Verhältnisse, die seitdem eingetreten ist, wird zwar von mancher Seite für trügerisch gehalten, und im „Kasseler“ bereitete man sich ja fröhlich auf den demnächstigen Ausbruch der Weltrevolution vor. Wir aber glauben, daß durch die Demokratie der Boden für eine ruhige Aufwärtsentwicklung geschaffen ist, die trotz einzelner Nachwirkungen und gelegentlicher Schwermüden, sei es noch recht, sei es nach links, die Entwicklungslinie der Zukunft bedeutet.

Die Demokratie in modernen Staat bedeutet den unauflösbaren Vorkampf der Arbeiterschaft. Zu diesem Vorkampf hat sie sich in Kassei gelamert. Grund- und Richtlinie für die nächste Taktik müssen gegeben werden. In einer der letzten Reden wurde mit Recht betont, daß wir die Dinge für uns ein anderes Aussehen gewonnen haben, weil wir den praktischen Zielen näher gekommen sind. Es ist wie auf einer großen Wanderung: Ein Berg, der aus der Ferne als eine einfache hügelige Linie erscheint, entpuppt sich beim Näherkommen als ein Gewirr von Schluchten, Abgründen und steilen Wänden. Manches Wirtschaftsproblem, das vielen mit einer einzigen kurzen Formel zu lösen schien, als die Lösung aber noch in weiter Ferne stand, zeigt jetzt beim praktischen Herantreten seine Vielgestaltigkeit. Das gilt z. B. von der Agrarfrage, die bekanntlich von den Volkspartei-Listen lutzend, um ihren Problemen zu entgehen, im anti-sozialistischen Sinne, durch Verankerung des bäuerlichen Vertriegens und die Zersplitterung des Bodens gelöst worden ist, wenn nicht dies eine Lösung nennen darf. Wir aber wollen aus diesen wichtigsten Problemen heraus, in das Licht des Sozialismus einleuchten, wir verzichten nicht auf eine sozialistische Lösung der Agrarfrage, ohne uns freilich im Unklaren zu sein, daß hier mit bloßen Entschuldigungsakten nichts getan ist.

Wird man dies Problem in seiner Vielgestaltigkeit wirklich praktisch lösen, so gelangt man freilich nicht zu so simplen Schlagworten, mit denen die Postkarte-Propaganda unangefasste Massen hypnotisieren,

sondern gewissenhaftes Studium und tiefes Eindringen in die Materie sind notwendig, nicht nur für die Führer, sondern auch für die Massen, denen diese Arbeit zuzugewandt hat, daß sie den Gehirnen der Wissenschaft keine bequemen Strohen, sondern nur harte, heiße Bahnen führen.

Das gilt von allen Fragen, die das neue Programm behandelt. Mit Recht hat der Parteitag es abgelehnt, hier einfach ein paar kurze Schlagwortartige Sätze zu formulieren, sondern er hat eine Kommission zur genaueren Erörterung und gewissenhaften Ausarbeitung des Programms eingesetzt. Wir begrüßen, daß bei den Vorlesungen des Referenten der Parteitag auch einen alt erfahrenen Theoretiker, wie Edward Bernstein, in die Programmkommission gewählt hat. Die Frage, ob dies ein Bekenntnis zum Revisionismus bedeutet, ist falsch gestellt, denn der Revisionismus bedeutet heute nicht mehr das, was zur Zeit des Dreikaiser-Jahrtausends die ganze Partei in bester Absicht heute gelassen hat. Die Revisionismus bedeutet, daß der Sozialismus nicht durch einen einmaligen Gewaltakt eingeführt werden kann, sondern nur durch Schritt- und tufenweisen Aufbau zu verwirklichen ist. Die Revolution hat diese Auffassung nicht widerlegt, sondern durch die wirtschaftlichen Misserfolge des Volkswirtschafts bestätigt. Was sie kann, die demokratische Grundlage für den sozialistischen Aufbau, hat sie geschaffen. Weiter geht ihre direkte Kraft nicht.

Weber die beim sozialistischen Aufbau einzufließende Methode hat es auf dem Parteitag eine heftige Auseinandersetzung gegeben. Der von Weisell vorgelegte Gedanke der Demokratisierung hat keinen lösenden Anfang gefunden. Plamir ist nicht gesagt, daß wir nicht auch in einem nächsten Schritt, was unter den jeweiligen Verhältnissen praktisch und praktisch und praktisch an ihm ist. Aber wir lehnen es ab, uns ohne Rücksicht auf die Praxis auf ein dogmatisches Prinzip festzusetzen.

Weber die politische Taktik hat auf dem Parteitag kaum Streit hervorgebracht. Die kleine außenpolitische Auseinandersetzung über die von Coblenz vertretene Kontinentalpolitik hat keine allzu große Bedeutung. Wir innerschweizer Gebiet sich der Parteitag einmütig die Ablehnung einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei auf. Das Bekenntnis zur deutschen Einheitsrepublik wird der Zukunft unterer künftigen wie der vergangenen inneren Politik bilden. Der Parteitag hat wiederum bewiesen, daß die Sozialdemokratie nicht nur der beste Schutzwall gegen alle reaktionären, sondern auch der beste separationsfähige, die deutsche Reichseinheit bedrohenden Eindringlingen ist.

Der absolute friedliche Grundgedanke unserer Außenpolitik hindert die Sozialdemokratie nicht, die Rechte des deutschen Volkes gegen Übergriffe und Unmännlichkeiten der übermächtigen Sieger energig zu verteidigen. Gegen die Bergweltigen und Abrechnung deut-

Abhaltung der Unabhängigen Reichstagsfraktion. — Session Eichhorn.

Wien, 19. Oktober. Wie die Blätter melden, hat sich nun auch die Reichstagsfraktion der Unabhängigen gesammelt. Bei der auf gestern angelegten Fraktionsfassung waren nur die Mitglieder des rechten Flügels anwesend. Die Linke hat sich als Unabhängige sozialdemokratische Fraktion, Session Eichhorn, konstituiert.

Einwohner und Losowits ausgewiesen.

Die B.-Korrespondenz meldet: Auf Veranlassung der Reichsregierung hat der preussische Minister des Innern Sonntag am Sonntag die Ausweisung des Vorläufigen des Exekutivkomitees der Dritten Internationale Einwohnern und des Präsidenten der allrussischen Gewerkschaftsverbände Losowits angeordnet. Wie wir hören, sind für die Ausweisung in vier besonderen Gründe angegeben worden. Beamte des Berliner Polizeipräsidiums übertrachten Losowits heute morgen, als er im Begleit stand, nach Dresden zu fahren, den Ausweisungsbefehl. Gemäß der Verfügung des Polizeipräsidenten wurde über Losowits Hausarrest verhängt, und es wurde ihm verboten, das Telefon zu benutzen. Dagegen wurde ihm gestattet, Besuche, die bereits vorher gemeldet waren, zu empfangen. Holzbeamte übernahm im Hotel, um die Reisevorbereitungen des Russen zu übersehen. Wie wir hören, wollte Losowits sich von Dresden nach Stuttgart begeben, um von Süddeutschland aus mit den italienischen Bolschewisten in Verbindung zu treten, da ihm vorläufig inoffiziell mitgeteilt worden ist, daß die italienische Regierung ihm die anstrengte Einreiseerlaubnis verweigere. Losowits will nun nach Hamburg zurückkehren, um von dort auf seinem im Hafen liegenden Dampfer Deutschland zu verlassen.

Der „Vorwärts“ schreibt dazu: Wir halten die Ausweisung Einwohnens und Losowits für einen politischen Fehler. Allerdings war das Ausweisen dieser beiden Leute von einer Unversöhnlichkeit, die das Wohl dieses bisher tugendhaften übersteigt. Aus einem Lande kommen, das keine Sorge des Verfallensfreiheit kennt, haben sie hier als Gäste die verfallensmäßige Freiheit der deutschen Republik für sich in Anspruch genommen, um den gewalttätigen Aufstieg und künftigen Terror den gegen jene Regierung zu predigen, die ihnen durch Gewährung der Einreiseerlaubnis ein feutagete ungewöhnliches Maß von Entgegenkommen zu bewiesen hatte. Alle Regierungen Europas und Amerikas hielten auch sonst schon die agitatorischen Moskau von ihren Ländern fern, selbst die italienische Regierung, die bei dem letzten Metallarbeiterstreik das Gegenteil einer Schorfurcherpolitik betrieb, hat sich nicht dazu entschließen können, Losowits die Einreise zu gestatten. Die

deutsche Regierung hatte dagegen den Russen Gastfreundschaft gewährt, und das ist ein Akt, wenn auch unaufrichtig, war, daß diese Herrschaften ihr Geschäft in ganz unerschämter Weise mißbrauchen würden.

Mehreren Blättern zufolge haben die beiden Sowjetvertreter Einowits und Losowits um Aufhebung der Ausweisung nachgesucht. Ihr Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld hat gestern mit dem Minister Geering und mit dem Berliner Polizeipräsidenten Richter bereits verhandelt, hat aber eine Aufhebungsverlängerung bis jetzt nicht erzielen können.

Die Opposition in der Sowjetregierung.

Rosenhagen, 18. Oktober. Wie „Berlins Tageblatt“ aus einer Quelle erfährt, hat sich in der letzten Zeit in den Sowjet-Russland die zu den Stützen der Räterregierung gehören, eine starke Opposition gegen die bisherige Politik der Sowjetregierung geltend gemacht. Die Opposition verfolgt das Ziel, die Sowjetregierung zu zwingen, eine gemäßigtere Politik zu führen. Die Stellung Trotzkis soll stark erschwert sein. — Daselbstes Blatt meldet aus Helsinki, daß nach einer amtlichen russischen Statistik nur halb so viel Brotretende perzent wurde als zur Unterhaltung der Bevölkerung notwendig ist. Dagegen soll zur Zeit in russischem Maße vorhanden sein, weil die Bauern infolge der Räterherrschaft zum Schlachten des Viehes gezwungen sind.

Angehorene Ausdehnung des Bergarbeiterkreises in England.

Sondon, 18. Oktober. Tausende von Arbeitern der verschiedenen Industrien haben die Arbeit bereits eingestellt. Die Wäler schätzen die Zahl der Ende dieser Woche feiernden Arbeiter einschließlich der Bergleute auf zwei Millionen. In den Häfen des Südens sind schon Störungen eingetreten. Die mit Exportwaren beladenen Dampfer liegen seit 250 000 Riemern und Metallarbeiten, sowie Angehörige der anderen Berufsgruppen haben in Süd-Wales die Arbeit plötzlich eingestellt. In Manchester sind 70 000 Arbeiter der Baumwollinnereien und der Metallindustrie von der Arbeit eingestellt. 80 000 Metallarbeiter sind in Sheffield auf eine Woche gestrichelt worden. Die Stahlwerke von Leeds sind geschlossen worden. In West-Schottland und in Glasgow ist die Lage ebenfalls. Die Baumwollinnereien von Radford, die die Arbeit zum Teil schon eingestellt hatten, sind ausnahmslos von einer gänzlichen Unterbrechung der Arbeit bedroht.

